

DGB Bezirk Berlin-Brandenburg • Keithstraße 1/3 • 10787 Berlin

Herrn
Dietmar Woidke
Minister des Innern des Landes Brandenburg
Henning-von-Tresckow-Straße 9 – 13
14467 Potsdam

vorab per E-Mail:
Joerg.wollny@mi.brandenburg.de

Bezirk
Berlin-Brandenburg

Keithstraße 1/3
10787 Berlin

Telefon: 030 -21 24 0-100
Telefax: 030 -21 24 0-107

E-Mail:
Doro.zinke@dgb.de

Internet:
<http://www.Berlin-Brandenburg.dgb.de>

Datum
20.12.12

Zweite Stellungnahme zum Gesetzentwurf für ein Brandenburgisches Beamtenrechtsneuordnungs- Ergänzungsgesetz (BRN-ErgG)

Sehr geehrter Herr Minister Woidke,
sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Zusendung des veränderten Gesetzentwurfes für ein Brandenburgisches Beamtenrechtsneuordnungs-Ergänzungsgesetz. Trotz der Veränderungen bleibt es die bundesweit schärfste Anhebung der Altersgrenzen und wird weiterhin entschieden von uns abgelehnt.

Die Pension erst mit 67 ist so falsch wie die Rente erst mit 67. Ihre Partei hat auf Bundesebene Bedingungen für eine Anhebung der Altersgrenzen, eine Abkehr von einem Mindestalter beim abschlagsfreien Ausscheiden nach 45 Versicherungs-/Dienstjahren und eine Abschlagsfreiheit beim Ausscheiden wegen Erwerbs-/Dienstunfähigkeit vorgelegt. Diesen Eckpunkten wird der vorliegende Entwurf nicht gerecht.

Wir laden Sie weiterhin ein, im Jahr 2013 gemeinsam mit uns dafür zu streiten, dass die „Rente mit 67“ rückgängig gemacht wird.

Die Anhebung der Altersgrenzen für die Kolleginnen und Kollegen der Polizei, der Feuerwehr und des Justizvollzuges gefährdet nicht nur deren soziale und gesundheitliche Situation, sondern auch die Zuverlässigkeit öffentlicher Dienstleistungen für die Bürgerinnen und

Bürger und ist von uns angesichts der realen Belastungen dieser Berufe nicht zu rechtfertigen.

Die vorgesehene Staffelung und individuelle Berechnung der besonderen Altersgrenzen knüpft nicht an tatsächliche Belastungen an. Außerdem führt sie zu einem enormen bürokratischen Aufwand und zu Problemen bei der Personalgewinnung für manche nicht anrechnungsfähige Tätigkeiten.

Als Anlage erhalten Sie die zweite Stellungnahme des DGB, Bezirk Berlin-Brandenburg, zum Entwurf eines Gesetzes für ein Brandenburgisches Beamtenrechtsneuordnungs-Ergänzungsgesetzes (BbgBRN-ErgG).

Unsere Bitte um Terminvorschläge für eine mündliche Erörterung haben Sie bereits erhalten.

Bis dahin wünsche ich Ihnen besinnliche Festtage und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Mit freundlichen Grüßen



Doro Zinke